

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gastgewerbe: Was bedeutet «Über die Gasse»?

Staatsgerichtshof-Entscheidung brachte nicht die erhoffte Klärung einer offenen Rechtsfrage

Weil der Vaduzer Konditoreibetrieb Wolf AG am Pfingstsonntag vergangenen Jahres Backwaren und andere Speisen im Ladengeschäft verkauft hatte, wurde er vom Gericht zu einer Geldstrafe von mehreren Hundert Franken verurteilt. Parallel dazu kam das Obergericht in einem Berufungsverfahren zur Auffassung, dass man Speisen und Getränke auch in Gastbetrieben nur dann «über die Gasse» abgeben dürfe, wenn die Käufer im Gastbetrieb in einem «besonderen Verhältnis stehen, nämlich als Gäste». Diese Interpretation war vor allem, die es einem gewöhnlichen Verstoß gegen die Ladenschluss-Verordnung ein interessantes Rechtsverfahren machte (siehe VOLKSBLATT vom 12. Dezember 1983). Nun liegt die damals erwartete Entscheidung des Staatsgerichtshofes in letzter Instanz vor. Leider hat sie die erhoffte Klärung der Rechtslage nicht mit sich gebracht.

ne Strafe wegen des Verstosses gegen die Verordnung betreffend die Sonn- und Feiertagsruhe und den Ladenschluss bezahlen. Auf die Frage, wie der Begriff in Hinkunft zu interpretieren sei, ging das Höchstgericht nicht ein.

Für den Vaduzer Konditoreibetrieb ist der Fall zwar abgeschlossen. Nicht abgeschlossen aber ist er im Hinblick auf die nun weiterbestehende Rechtsunsicherheit, von der alle Betriebe des Gastgewerbes und alle Gäste betroffen sein können, die sich «über die Gasse» mit Speisen und Getränken eindecken wollen.

Es bleibt nämlich, wenn man den Fall auf sich beruhen lässt, bei der vom Obergericht vertretenen Meinung, wonach die Abgabe von Speisen und Getränken über die Gasse durch einen gastgewerblichen Betrieb nicht an jedermann erfolgen darf, sondern ausschliesslich an Personen, die zu diesem Betrieb in einem besonderen Verhältnis stehen, nämlich als Gast.

Wenn es nämlich bei dieser Rechtsmeinung zu verbleiben hat, dann darf künftig in Liechtenstein kein Gastwirt mehr jemanden, der in seinen Betrieb kommt,

etwa eine Flasche Bier oder Wein verkaufen, ohne dass sich diese Person vorher hingesetzt und bei ihm etwas konsumiert hat. Tut er dies nämlich, so würde er seine Gewerbeberechtigung überschreiten und sich dadurch strafbar machen.

Wird die Verordnung geändert

Es stellt sich deshalb die Frage, ob die einschlägige Verordnung nun nicht abgeändert werden soll. Denn es kann nur im eigenen Interesse der Regierung stehen, dass sowohl die Inhaber von Gastbetrieben wie die Gäste selbst zweifelsfrei wissen, wie sie sich beim Kauf und Verkauf «über die Gasse» verhalten müssen und dürfen.

Sarajevo:

Olympia am Fernsehen

Dienstag, 14. Februar

DRS. 08.55: Biathlon (10 km) — 09.50: Ski alpin (Riesenslalom Herren, 1. Lauf). — 11.00: Biathlon (Aufzeichnung der Entscheidung) und Eisschnellauf (1000 m Herren/Aufzeichnung). — 12.30: Ski alpin (Riesenslalom Herren, 1. Lauf/Aufzeichnung). — 13.20: Ski alpin (Riesenslalom Herren, 2. Lauf). — 18.00: Olympia-Studio. — 22.20: Olympia-Studio.

SSR. 19.20: Eiskunstlauf (Eistanz, Kür).

ARD. 08.50: Biathlon (10 km). — 09.25: Eisschnellauf (1000 m Herren). — 10.00: Ski alpin (Riesenslalom Herren, 1. Lauf). — 13.00: Ski alpin (Riesenslalom Herren, 2. Lauf). — 17.00: Eiskunstlauf (Herren, Kurzprogramm). — 19.00: Olympia-Studio. — 21.00: Eiskunstlauf (Eistanz, Kür).



Die strahlende Olympia-Siegerin Debbie Armstrong, flankiert von der zweitplatzierten Christine Cooper (links) und der Gewinnerin der Bronzemedaille, Perrine Pelen. (Funkbild: AP)

Überraschung beim Damen-Riesenslalom: Armstrong vor Cooper und Pelen

Petra auf Platz 19 — Ursula und Jolanda ausgeschieden

Grosse Überraschung beim (endlich) ersten alpinen Bewerb an den Olympischen Spielen in Sarajevo: Die Amerikanerin Debbie Armstrong feierte ihren ersten Sieg bei einem Riesentorlauf ausgerechnet an Olympia! Christin Cooper mit Platz 2 und Tamara McKinney mit Rang 4 vollständigten den totalen Triumph der US-Girls. Eher enttäuschend fiel die Darbietung der Liechtensteinerinnen aus. Petra Wenzel klassierte sich im 19. Rang, Ursula Konzett schied im 2. Durchgang aus (15. Zwischenrang), Jolanda Kindler erwischte es schon im ersten Lauf.

strauchelten gestern bei akzeptablen Bedingungen in Jahorina. So landete die Top-Favoritin Erika Hess nur auf Platz 7. Überhaupt erlitten die Fahrerinnen aus den Skigrossmächten Schweiz und Österreich eine empfindliche Niederlage. Dafür feierten die Mädchen aus Übersee ihren Erfolg überschwänglich. Bereits nach dem ersten Lauf lagen Armstrong und Cooper vorne, allerdings noch in umgekehrter Reihenfolge. Ein Fehler im oberen Teil des zweiten Laufes kostete dann Christin Cooper die Goldmedaille. Doch der Sieg blieb im Team: die 20jährige Debbie Armstrong nutzte die Gunst der Stunde. Bronze ging an Perrine Pelen (Frankreich). Mehr vom olympischen Geschehen am Montag im Sportteil.

Favoritinnen strauchelten

Nicht nur die Liechtensteinerinnen, sondern auch einige Favoritinnen

UdSSR: Tschernenko folgt Andropow

Aus dem Rivalen Andropows wurde der Nachfolger

(AP) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat am Montag Konstantin Tschernenko zu einem neuen Generalsekretär gewählt. Der 72jährige Nachfolger des am Donnerstag im Alter von 69 Jahren verstorbenen bisherigen Parteichefs Juri Andropow ist eines der zwölf Mitglieder des Politbüros und war bisher einer der Sekretäre des ZK. Wer an Stelle Andropows neuer Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets wird, bleibt offen.

schnew zum Parteichef gewählt worden. Erst im Juni 1983 hatten ihn die beiden Kammern des Obersten Sowjets auch mit dem höchsten Staatsamt betraut. Tschernenko galt als Protege von Andropows Vorgänger Leonid Breschnew und als Rivale Andropows um die Nachfolge Breschnews. Kein anderer Parteichef vor ihm war bei seiner Berufung so alt wie er.

Tschernenkos Wahl zum neuen Parteichef durch das ZK erfolgte nach einer Meldung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS einstimmig. Im Auftrag des Politbüros hatte ihn Ministerpräsident Nikolai Tichonow dem zu einer Sondersitzung einberufenen ZK nominiert. Tschernenko hatte die Sitzung selbst eröffnet, die mit einer Schweigeminute für den toten Andropow begann. Nach dem Tod Breschnews war es Tschernenko gewesen, der im Auftrag des Politbüros Andropow zur Wahl vorschlugen hatte.

Kontinuität in der Aussen- und Verteidigungspolitik

Rundfunk und Fernsehen der Sowjetunion zitierten Tschernenko aus seiner Antrittsrede auch mit Angriffen auf die Staatsführungen des Westens, denen er vorwarf, die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschworen zu haben. Ihr werde die Sowjetunion mit ihrer militärischen Macht zu begegnen wissen.

«Heute im Zeitalter der atomaren Rüstung und superpräziser Raketen ist der Frieden für die Völker notwendiger denn je», sagte Tschernenko. «Nach allem zu urteilen, haben einige Staatsmänner des Westens leider dafür nicht das notwendige Verständnis oder wollen es nicht haben. Wir erkennen klar die Bedrohung, der die Menschheit durch die rücksichtslosen, abenteuerlichen Aktionen der aggressiven Kräfte des Imperialismus ausgesetzt ist, und sprechen davon mit deutlicher Stimme.»

Tschernenko bekräftigte, dass sich die sowjetische Aussen- und Verteidigungspolitik nicht ändern werde. «Wir wollen keine militärische Überlegenheit, und wir haben nicht die Absicht, unseren Willen anderen Völkern zu diktieren», sagte er. «Aber wir werden nicht zulassen, dass das militärische Gleichgewicht zerstört wird. Und wir lassen niemanden im Zweifel: Wir werden weiterhin das Verteidigungspotential unseres Landes stärken. Dafür haben wir ausreichende finanzielle Mittel, um die Hitzköpfe des militanten Abenteuerertums abzukühlen. Das, Genossen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens.» (Vergleiche Seite «Zeitgeschehen»)



Gestern mittag ist der 72jährige Konstantin Tschernenko zum Nachfolger des verstorbenen Parteichefs Juri Andropow gewählt worden. (Bild: AP)

Olympische Spiele: Medaillenbilanz

Oi-Si. Nach dem fünften Wettkampftag der Olympischen Spiele und 17 (von insgesamt 39) Entscheidungen ist die Medaillenbilanz der DDR noch besser geworden.

	Gold	Silber	Bronze
DDR	6	6	2
Sowjetunion	3	4	6
Finnland	2	3	3
Schweden	2	0	1
USA	1	2	0
Norwegen	1	1	2
BRD	1	0	0
Italien	1	0	0
Japan	0	1	0
Kanada	0	0	1
Tschechoslowakei	0	0	1
Frankreich	0	0	1

Unsere Gemeinden am Gängelband des Staates

Schwächung der Selbstverantwortung durch staatlichen Zentralismus / Von Gemeindevorsteher Emanuel Vogt, Balzers

In den letzten Jahren hat sich ein wachsender staatlicher Zentralismus aufgebaut, der in zunehmendem Masse die Selbstverantwortung unserer Gemeinden schwächt. Zu diesem Schluss kommt Gemeindevorsteher Emanuel Vogt in einem kritischen und aus der Sicht der Gemeinden aber auch selbstkritischen Referat, das er kürzlich vor einem Gremium mit FDP-Vorstehern, Vizevorstehern und Vertretern der Landesparteileitung gehalten hat. Als ursächlichste Gründe dieser ungunstigen Entwicklung nennt Vorsteher Vogt die Aufblähung des Beamtenapparates, und die ebensogrosse Ohnmacht der Gemeinden und der Bevölkerung gegenüber diesem anonymen Staatsgebilde.

Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob man sich heute eigentlich noch überlege, ob eine Aufgabe besser auf Gemeindeebene gelöst werden könnte und ob die staatliche Lenkung und Kontrolle überhaupt notwendig sei. Die Gemeindeorgane wüsten sich vielfach nicht gegen diese Flut von Anordnungen, Anweisungen, Kontrollen usw. zu wehren. Einem Tintenfisch gleich sauge der Bürokratismus alles an sich, greife überall dirigistisch ein und lähme dabei oft die Eigeninitiative der Gemeinden.

Es sei an der Zeit, dass sich Parlament, Regierung, Gemeinden und die Bürger des Landes dieser Situation bewusst werden, sich mit aller Vehemenz gegen den Zentralismus zur Wehr setzen und die Gemeinde sich selbst durch vermehrte eigene Leistung stärken.

Regierung delegiert immer mehr Aufgaben an Ämter

Mane Vogt unterstrich, dass die Regie-

rung immer mehr Aufgaben an die Ämter delegierte. So seien die Gesprächspartner der Gemeinden immer mehr Landesbeamte und nicht mehr Regierungsvertreter, was seiner Ansicht nach nicht in Ordnung sei. Wörtlich führte Vorsteher Vogt zu diesem Thema u.a. weiter aus:

«Die Verhandlungen mit den Gemeinden werden heute grösstenteils von Staatsangestellten direkt geführt oder es werden Verfügungen erlassen, die von der Regierung nur noch zur Kenntnis genommen oder unterschrieben werden — oder es werden solche Erlasse sogar direkt von den Amtsstellen an die Gemeinden verfügt. Wie kommen wir uns Gemeindevorsteher als die vom Volk gewählten Repräsentanten der Gemeinden vor, wenn wir uns Verfügungen von Beamten bzw. Landesangestellten einfach zu fügen haben? Wenn dies weitergeht, wird die Regierung für die Gemeinden in einigen Jahren kaum mehr spürbar existieren, höchstens noch als Beschwerdeinstanz. Diese Tendenz geht zur Zeit unbewusst, unbemerkt, aber konstant vor sich. Ich möchte anhand einiger Beispiele feststellen, wie weit dieser Automatismus schon gediehen ist:

Das Gemeindegesetz ist ein äusserst wichtiges, jeden liechtensteinischen Bürger berührendes Gesetz. In der das neue Gemeindegesetz vorbereitenden Kommission ist kein Regierungsvertreter mehr, der Vorsitz wird von einem Beamten geführt, wohl gemerkt von einem sehr guten Beamten! Ist aber gerade nicht dieses vermutlich unbewusste Vorgehen bezeichnend für die ganze Tendenz?

dige Entmachtung der Gemeinden vor. Die Stellungnahmen der Gemeinden wurden ignoriert. Gerade die soziale Fürsorge sollte auf Gemeindeebene tätig sein, weil hier die Verhältnisse noch übersichtlich sind und man hier noch individuell vorgehen kann. Wir hoffen, dass bei der Beratung des Sozialhilfegesetzes im Landtag diese Tendenz noch einmal überlegt wird und die zentralistische Bearbeitung der Fürsorge vom Staate aus vermieden und vermehrt auf Gemeindeebene verlagert wird.

Baugesetz: Mitsprache wird nicht ernst genommen!

Man kann sich fragen, was den Gemeinden die Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen bewirken. Wir können anhand des Baugesetzes sehen, dass sie keine Auswirkung bei der Gesetzesbehandlung haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich sogar die Volksvertreter im Landtag der Stellung unserer Gemeinden und der Bürger dieser Gemeinden nicht immer bewusst sind. Es ist nicht in Ordnung, dass bei solchen wichtigen Gesetzesvorlagen, die in erster Linie jede Gemeinde und jeden Einwohner des Landes berühren, die Mitsprache der Gemeinden nicht ernst genommen wird, sowohl bei der Behandlung des Gesetzes wie auch in der Formulierung desselben.

Gerade das Baugesetz ist ein Signal für oder gegen Gemeindeautonomie. Warum will man hier den Gemeinden nicht die nun notwendige Mitsprache gewährleisten oder sie ihnen sogar auferlegen? Es sollte in Bausachen keine Entscheidung

(Fortsetzung auf Seite 2)